

Carsten [REDACTED]
[REDACTED]
Greifswald

16. November 2023

**An alle Fraktionsführerinnen und Fraktionsführer, aller Landtage
An alle Petitionsausschüsse der Landtage und den des Bundestages**

Dr. Harald Terpe
Fraktionsvorsitz Bündnis 90 DIE GRÜNEN

Franz-Robert Liskow
Fraktionsvorsitz der CDU

Julian Barlen
Fraktionsvorsitz der SPD

Jeannine Rösler
Fraktionsvorsitz DIE LINKE

Nikolaus Kramer
Fraktionsvorsitz der AfD

René Domke
Fraktionsvorsitz FDP

Petitionsausschuss

Betr.: Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk
hier: Zwangsfinanzierung
Anlg.: 1 geheftet

Dieses Schreiben richtet sich an o.g. Empfänger.
Der guten Ordnung halber erhält es auch die AfD, welche der folgenden Kritik **nicht** ausgesetzt ist und sie auch **nicht** betrifft.

Damen und Herren Parteivorsitzende,
Damen und Herren Fraktionsführer,
Damen und Herren der Petitionsausschüsse,

nun ist es also so weit.

Gut zehn Jahre sind seit der Einführung der Wohngebühr, zur Zwangsfinanzierung des Öffentlich- Rechtlichen Rundfunks ins Land gegangen.

Gut zehn Jahre besteht Kritik an dieser untauglichen Gesetzgebung.

Gut zehn Jahre weigern Sie sich, hier Abhilfe zu schaffen.

Ich selbst war stets optimistisch und hatte Vertrauen in Ihre Politik, in Ihre Gesetzgebung, in Bürgerdialoge und Petitionsausschüsse.

Gut zehn Jahre habe ich mich vehement gegen Behauptungen anderer Bürger gewehrt, welche Ihnen in Sachen Rundfunkfinanzierung bössartige Absicht und Boshaftigkeit vorwarfen und das bis heute tun.

Ich habe mich geirrt.

Ich schließe mich nun diesen Menschen an.

Ich unterstütze nun deren Aussagen und Kritiken.

Ich denke, Sie als Parteivorsitzende und Fraktionsführer und Mitglieder der Petitionsausschüsse, verhalten sich **bössartig**.

Anders kann man das nicht mehr nennen.

Jedwede Vorschläge der Bürger, zur Reformierung und Transformation des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, werden abgeschmettert, werden weggelabert, werden weggelogen, werden weggeschwiegen.

Sie besitzen keinerlei sachliche Argumente, um die Zwangsfinanzierung noch irgendwie begründen zu können.

Gut zehn Jahre labern Sie uns Bürgern, mit den immer gleichen Phrasen die Ohren voll.

Das halte ich einfach nicht mehr aus. Und das will ich auch nicht mehr.

Das demokratische Frankreich hat kapiert, wie man modernen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk ohne Wohngebühr bzw. Zwangsgebühr finanziert.

Was machen die Altparteien?

Sie labern und labern und labern, bis zum Erbrechen.

Ich schreibe im Namen von Rundfunk-frei.de, also von gut über 310.000 Menschen, an die Linke und erhalten einen durchgegenderten Auszug aus dem Parteiprogramm. Schwülstige Schachtelsätze runden das Bild ab. Irgendwelche Ideen? NULL.

Ich schreibe an die FDP. Da kommt mal gleich gar nichts. Warum auch, was sind schon 310.000 Menschen und in 2020 ca. 18,94 Millionen „Maßnahmen“ durch den „Beitragsservice“.

Als Sahnehäubchen sind darin 1,23 Millionen Vollstreckungsersuchen.

Herr Lindner meint, man solle den Rundfunkbeitrag „einfrieren“.

Bla, bla, bla...Irgendwelche Ideen? NULL.

Ich schreibe an Herrn Merz. Auch da keine Antwort. Mithin lässt seine Aussage auf dem CDU-Parteitag aufhorchen. *Man werde sich mit den Öffentlichen noch befassen.*

Und in der Tat trifft man sich mit allen Fraktionsführern der Partei zur besten Sommerzeit in Rostock, um zu verbessern.

Ergebnis: *„Lieber Rundfunk, bitte nicht mehr gendern und seid doch so lieb und spart ein wenig.“*
Mein Gott, wie einfallslos, wie kraftlos, wie einfältig, ja geradezu devot.

Last but not least, es folgt die SPD.

Da kann man sich jedes Blatt Papier sparen.

Vorsitzende des ZDF- Verwaltungsrates ist Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Für dieses „Ehrenamt“ erhält sie monatlich 1560€. (Quelle ZDF)

Ich formuliere es so:

Über den Charakter eines Menschen geben die unbedeutenden Handlungen oft mehr Auskunft als die blutigen Kriege.

Was darf man da an Veränderungswillen erwarten?

NICHTS.

Über die Verfassungsmäßigkeit der Zwangsabgabe wurde auch höchst richterlich geurteilt. Was den Richtern da bei der Urteilsverkündung über die Lippen gegangen ist, darf wohl als eines der größten juristischen Fehlurteile seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden.